

Ein Vorbild handelt nie in Extremen

Kommentar von Lisa Gerner (Junge FBP) zur
Aktuellen Stunde des September-Landtags

Zukunft Wer es mit der Klimakrise aufnehmen will, muss die Wirtschaft und den Klimaschutz zusammendenken und aufhören, sie als Gegensätze anzusehen. Das gilt auch für Liechtenstein.

Dass der Klimawandel eine reale Bedrohung darstellt, sollte spätestens nach diesem Sommer klar sein. Auch wenn Liechtenstein von den Auswirkungen der Starkwetterereignisse verschont blieb, mussten wir mitansehen, wie unsere Nachbarländer mit Überschwemmungen, Hangrutschungen und anderen Folgen zu kämpfen hatten. Folgen, die auch Liechtenstein in Zukunft treffen könnten. Wie ist unser Land auf Unwetterereignisse vorbereitet? Wie kann der prognostizierte Temperaturanstieg möglichst gering gehalten werden? Und welchen Beitrag kann Liechtenstein als Kleinstaat zum Klimaschutz

wirklich leisten? Dass sich der Landtag in der «Aktuelle Stunde» mit solchen Fragen befasste, war angesichts der Ausgangslage mehr als überfällig. Die Beiträge der Volksvertreter fielen dabei sehr verschieden aus: «Wir sind Passagiere auf einem Riesendampfer ohne die Möglichkeit, den Kurs des Dampfers zu steuern», so Sascha Quaderer (FBP). Für die Freie Liste steht hingegen klar fest: Um die Ziele einer Netto-0-Strategie bis 2050 erreichen zu können, muss schnell gehandelt werden, was ohne das Setzen von Massnahmen und das Verlassen der Komfortzone nicht gelingen kann. Oder wie Sebastian Schädler (FBP) es formulierte: «Ohne dass es zumindest ein wenig wehtut, wird es unmöglich sein, das Ziel zu erreichen.» Einigkeit herrschte grösstenteils lediglich darüber, dass Liechtenstein, gerade wegen seiner privilegierten Situation, bei der Verwirklichung der Klimaziele eine Vorbildfunktion einnehmen sollte. Was meines Erachtens bei der gesamten Diskussion im Landtag zu kurz kam, war der Grundgedanke der Balance, dass nämlich ein starker Wirtschaftsstandort und eine aktive Klimapolitik sich nicht widersprechen. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Unser Beitrag zum Klimaschutz funktioniert nur, wenn wir alle mitanpacken und uns über die Zielsetzung und Umsetzungsschritte einig sind.

«Wir können als florierender Wirtschaftsstandort mit grünem Fussabdruck ein Vorbild sein.»

LISA GERNER

Willen, im grossen Stil einen erheblichen Anteil zur Reduktion der klimaschädlichen Emissionen beizutragen. Wer es mit dem Klimaschutz ernst



Schäden nach dem Hochwasser im Juli in Bad Neuenahr-Ahrweiler in Deutschland. (Foto: RM)

Das Bewusstsein in Bevölkerung und Wirtschaft aktiv zum Klimaschutz beizutragen, ist durchaus vorhanden. Dies zeigt sich etwa, wie Radio L berichtete, in der Verdreifachung der Neuzulassungen bei Elektrofahrzeugen im Juni 2021. Oder im starken Trend zu alternativen Heizsystemen. Auch Projekte wie die geplante Fernwärmeversorgung im Zentrum von Vaduz zeigen den

meint und dennoch nicht gleich die Systemfrage stellen will, muss ihn in sein tägliches Leben mit einfließen lassen, darf ihn aber nicht zu seiner einzigen Maxime erklären. Diese Balance gelingt nur in kleinen, aber beständigen Schritten. Sie gelingt besser durch Anreize als durch Verbote. Auch dabei ist das Mass gut abzuwägen, sodass keine übertriebene Anreizpolitik für einzelne Massnahmen betrieben wird, sondern durch gezielte Anreize die grösstmögliche Hebelwirkung erzielt wird. So kommen wir Schritt für Schritt sicher voran und können tatsächlich als florierender Wirtschaftsstandort mit grünem Fussabdruck ein Vorbild sein.

Landtag

Wer verzögert?

Keine Frage: Die Debatte zum Jagdgesetz war hitzig. Sie hat aufgezeigt, dass dieses Thema sehr unterschiedlich betrachtet wird. So sahen auch einzelne FBP-Abgeordnete die Vorlage kritisch. Dass der Regierungschef dann aber diesen Mandatären im Falle einer Zurückweisung Arbeitsverweigerung bzw. Zeitverzögerung unterstellt, ist dann doch etwas skurril. Zeit verzögert hat einzig und allein Regierungsrätin Dominique Hasler, welche diese Vorlage längst dem Landtag hätte vorlegen können, ja müssen. Aber am Ende der Legislatur stand wohl die Wahltaktik im Vordergrund. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni packt nun von VU-Regierungsräten liegen gelassene heisse Eisen an – nicht nur das Jagdgesetz, sondern auch die Casino-Thematik oder die Hochspannungsleitungen in Balzers. In puncto Casinos lehnte Daniel Risch als damaliger Wirtschaftsminister Anpassungen noch ab. Deshalb erstaunt es doch sehr, dass die VU-Fraktion – kaum ist Daniel Risch nicht mehr Wirtschaftsminister – einen Vorstoss einreicht, um die Casinos in die Schranken zu weisen. Sabine Monauni hat nun mit einer Verordnungsanpassung gehandelt und die Stellschrauben angezogen. Dass sie mit der Umsetzung von VU-Regierungsräten liegen gelassenen heiklen Themen keine Jubelszenen auslöst, liegt auf der Hand.

Aber sie stellt sich der Verantwortung und verzögert nicht.



Rainer Gopp
Parteipräsident

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei
Redaktion:
Rainer Gopp
Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40
www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Kirche und Staat: Diskussion fortsetzen und Trennung angehen

KOMMENTAR DER FBP-ABGEORDNETEN
DANIEL SEGER UND DANIEL OEHRHY

Der Landtag behandelte letzte Woche eine Petition der islamischen Gemeinschaft. Die Muslime wünschen sich bereits zum wiederholten Male einen eigenen Friedhof sowie einen Gebetsraum. Die Frage der Bestattung muss früher oder später für alle Religionsgemeinschaften gelöst werden – hier sind auch die Gemeinden gefordert. Diese erneute Diskussion brachte aber insbesondere die Trennung von Kirche und Staat wieder auf die politische Agenda. Seit der letz-

malignen Behandlung des Religionsgemeinschaftengesetzes im Jahre 2012 im Landtag warten auch die orthodoxe Kirche und die Protestanten auf eine Gleichbehandlung. Der geplante Staatsvertrag mit dem Vatikan (Konkordat) konnte bis heute nicht abgeschlossen werden. Aufgrund der Koppelung von Gesetz, Verfassungsänderung und Konkordat ist bis heute nichts geschehen. Es scheint richtig, dass nun darüber diskutiert wird, ob die Koppelung von Gesetz, Verfassungsänderung und Konkordat aufzulösen und das Gesetz in Kraft zu setzen ist.

«Mit der Petition kam nun die Situation der Muslime, aber auch jene anderer Religionsgemeinschaften wieder aufs Tapet. Auch mit der Frage der Bestattung sollten wir uns erneut befassen. Für alle in Liechtenstein Wohnhaften muss es selbstverständlich sein, dass sie bei uns ihre letzte Ruhe finden.»

DANIEL OEHRHY



«Die letzten 9 Jahre ging im Bereich «Trennung von Kirche und Staat» nichts vorwärts. Mit der Petition ändert sich dies nun, was ich begrüsse. Es ist Zeit eine Lösung zu finden, die nicht vom Willen einer einzigen Religionsgemeinschaft abhängig ist.»

DANIEL SEGER



Ambitionierte Energiepolitik gefragt

Standpunkt von Sebastian Schädler (Landtagsabgeordneter)

Wirksam Mit einer nachhaltigen Energiepolitik können viele soziale Probleme entschärft werden. Nach diesem Grundsatz müssen Regierung und Landtag das Thema mit höchster Priorität behandeln.

Die Nutzung von nachhaltigen Energiequellen leistet nicht nur einen wertvollen Beitrag für das Klima, sondern führt auch zu einer enormen finanziellen Entlastung der nächsten Generation. Die einheimische Bevölkerung soll bevorzugt für die Erzeugung von Solarstrom vergütet werden, anstatt Gelder an Energiekonzerne zu exportieren.

Auch der September-Landtag hat gezeigt, dass grosser Handlungsbedarf bei der Energieförderung besteht. Den aktuellen Ausbauzielen von 5MWp pro Jahr hinken wir mit dem derzeitigen Fördermodell klar hinterher. Das von einigen Fachleuten geforderte Ziel von 13MWp pro Jahr ist geradezu illusorisch. Da bei Photovoltaikmodulen mit keinen signifikanten Preissenkungen mehr zu rechnen ist, führt eine Ausba verzögerung in Summe zu keiner Kostenreduktion. Im Gegenteil. Mit einem erhöhten Ausbautempo könnten unnötige Exportzahlungen für Energie frühzeitig vermieden werden. Mit ca. 660 Watt installierter Photovoltaik-Leistung pro Kopf sind wir Weltmeister, knapp vor dem zweitplatzierten Deutschland. Bei der installierten Leistung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist uns Deutschland jedoch fast um das Vierfache voraus. Hinzu kommt, dass

Liechtenstein im Bereich Windkraft nicht aktiv ist und damit gar hinter einigen Entwicklungsländern liegt. Unter Berücksichtigung des technologischen Fortschritts sollte zum geeigneten Zeitpunkt auch der Einsatz von Windenergie neu geprüft und gegebenenfalls gewagt werden. Damit ein proaktiver Photovoltaik-Ausbau möglich wird, sind neben der Energieförderung auch das Baugesetz und Bauordnungen zu überarbeiten. Photovoltaik auf und an öffentlichen Neubauten muss eine Selbstverständlichkeit sein. Der Staat hat hier eine Vorbildfunktion! Die FBP-Arbeitsgruppe für Klima und Energie hat interessante Lösungsansätze erarbeitet. Mit verschiedenen Aktionen und Vorstössen möchten wir diese Themen in unserem Land voranbringen. Nur mit den passenden Rahmenbedingungen und der notwendigen Motivation wird es gelingen, die Null-Emissionsziele bis 2050 tatsächlich zu erreichen.



Sebastian Schädler